

An den Presse-VerteilerFraktionsvorsitzender:
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:
Tonia Trappe

Fon: 0531 – 470 2111

Fax: 0531 – 470 2974

Mail: spd.fraktion@braunschweig.de**PRESSEMITTEILUNG (05/2021)**

Erscheinungsdatum: 15. Februar 2021

SPD: Interkommunales Gewerbegebiet soll Wirtschaftsstandort Braunschweig stärken

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die Pläne der Stadtverwaltung, eine Machbarkeitsstudie für ein interkommunales Gewerbegebiet in Auftrag zu geben. Das Vorhaben soll auf der morgigen Ratssitzung diskutiert und beschlossen werden.

Annegret Ihbe, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, lobt das Vorhaben ausdrücklich: „Die Etablierung eines Gewerbegebiets unter Beteiligung der Städte Braunschweig und Wolfsburg sowie der Landkreise Wolfenbüttel und Helmstedt bedeutet eine enorme Attraktivitätssteigerung der Region Braunschweig als Forschungs- und Wirtschaftsstandort. Die Stadt Braunschweig selbst besitzt nur noch sehr wenige freie Gebiete für die Ansiedlung von Unternehmen. Die Erschließung von Flächen durch den Anschluss an andere Kommunen wird sicherlich zahlreiche Firmen in die Region locken, die von der Infrastruktur Braunschweigs profitieren und sich mit den dort bereits angesiedelten Unternehmen und Forschungseinrichtungen vernetzen möchten. Zusätzlich hat das geplante Gewerbegebiet den großen Standortvorteil, dass von dort aus der Braunschweiger Flughafen in zehn Minuten und der Hafen in 20 Minuten mit dem Auto erreicht werden können.“ Weiterhin sei es für die SPD-Fraktion eine Selbstverständlichkeit, dass bei der Machbarkeitsstudie Umwelt- und Klimaschutzaspekte besondere Beachtung finden.

Das angedachte interkommunale Gewerbegebiet soll am Autobahnkreuz A2/A39 liegen und damit hauptsächlich auf dem Gebiet des Landkreises Helmstedt. Schätzungen beziffern die Größe des Baulandes mit 120 Hektar. Die Fläche bietet daher den Vorteil, dass Grundstücke flexibel zugeschnitten und im Rahmen der Vergabe an die Bedarfe von Unternehmen angepasst werden können. Die SPD-Fraktion sowie die Stadt Braunschweig hoffen, dass durch die Ansiedlung von Unternehmen auf dem Gewerbegebiet sowie die Verlagerungs- und Vergrößerungsmöglichkeiten, die es bereits bestehenden Firmen bietet, das Arbeitsplatzangebot in der Region erhalten und weiter ausgebaut werden kann.